

dass wir uns nicht mit guten Gründen für die Sinnhaftigkeit eines wohlfahrtsstaatlichen Umbaus der EU oder auch für einen Ausstieg eines oder mehrerer Mitgliedstaaten aus der Währungsunion aussprechen können. Wir sollten bei derartigen Forderungen aber immer vorsichtig unterscheiden, ob unsere Forderungen politischen Charakter haben oder sich wirklich plausibel als Implikationen abstrakter Gerechtigkeitskriterien rechtfertigen lassen. Auch der Einwand von *Liebert*, dass die entwickelte Theorie dem Umstand hoher wechselseitiger ökonomischer Abhängigkeit und der Notwendigkeit supranationaler Instrumente (Eurokrisenmanagement) nicht hinreichend Rechnung trage, da sie einseitig auf die Legitimation durch nationale Parlamente verkürzt sei und damit sowohl die Legitimationspotentiale des Europäischen Parlamentes, als auch direktdemokratischer und an die supranationalen Institutionen gerichteter Instrumente verschenke, kann nicht überzeugen. Diesem Vorwurf liegt letztlich ein Missverständnis zugrunde. Die in „The Justification of Europe“ entwickelte Theorie ist keineswegs eine „parlamentarische Supranationalitätstheorie“ (*Liebert*), sondern berücksichtigt eine ganze Reihe von Instrumenten, die explizit an die supranationalen Institutionen gerichtet sind. Nationale Parlamente haben allerdings durchaus eine hervorgehobene Position im Gesamtspektrum rechtfertigungsrelevanter Institutionen. Sie unterscheiden sich dadurch wesentlich von anderen Instrumenten der Einforderung von Rechtfertigung, dass sie nicht auf die Beförderung von Rechtfertigungsprozessen selbst ausgerichtet sind, sondern vielmehr die Bestimmung der konstitutionellen Bezugsgrößen von Recht-

fertigungsprozessen zu thematisieren haben. Nationale Parlamente sollen also nicht in Konkurrenz zum Europäischen Parlament treten, sondern den diskursiven Rahmen bestimmen, innerhalb dessen dann das EP an Rechtfertigungsprozessen teilnimmt. Der wesentliche Grund für diese prominente Rolle nationaler Parlamente findet sich in der Einsicht, dass nur so der demokratische Souverän als handlungsmächtiger Akteur re-etabliert und damit das Versprechen der Demokratie mit neuer Glaubwürdigkeit versehen werden kann.

Jürgen Neyer

POLITISCHE THEORIE UND IDEENGESCHICHTE

Ritzi, Claudia. *Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie. Theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven*. Wiesbaden. Springer VS 2013. 312 Seiten. 34,99 €.

Man kann schwerlich behaupten, dass die These von der „Postdemokratisierung“ westlicher Verfassungsstaaten innerhalb der Politikwissenschaft, zumal der deutschsprachigen, in den vergangenen zehn Jahren nicht auf ernsthaftes Interesse gestoßen ist. Das Schwerpunktheft 3/2013 der PVS hat dies einmal mehr gezeigt. Dennoch sind ihre Kündler Colin Crouch, Sheldon Wolin und Jacques Rancière akademische Außenseiter, die sich nicht selten mit dem verbreiteten Vorwurf mangelnder analytischer Präzision und einer Neigung zu theoretisch unbrauchbarer polemischer Zuspitzung konfrontiert sehen.

Demgegenüber verteidigt die Hamburger Politologin *Claudia Ritzi* in ihrer Dissertation das postdemokratische Paradigma als „ein kohärentes politikwissenschaftliches Konzept“, welches nicht nur „weitgehend übereinstimmende Annahmen und Wirklichkeitsbeobachtungen“ aufweise (106), sondern auch „einen innovativen Beitrag zum politischen Diskurs“ leiste (273). Ihre These von der Innovationsfähigkeit, die sich gegen die häufig vorgebrachte Klage über den epigonalen Charakter des Diskurses richtet, belegt *Ritzi*, indem sie im ersten Teil der Arbeit zunächst die Ansätze der drei aus recht unterschiedlichen Denkschulen stammenden Theoretiker rekonstruiert, um ihren analytischen Kern – laut *Ritzi* ist dies die Identifizierung des „wachsenden Einflusses neoliberaler Denkweisen“ (106) als genuine Ursache der jüngsten Demokratiekrise – herauszuschälen und sie anschließend mit bekannten Krisendiagnosen aus den 60er-80er Jahren zu vergleichen. Zwar wird nicht ganz deutlich, nach welchen Kriterien die Autorin ihre Auswahl trifft: So fragt sich der Leser, warum zum Beispiel die Arbeiten von Vertretern des „Unregierbarkeits-“ oder „Overloadtheorems“ wie Michel Crozier unter anderem herangezogen werden, wo doch klar ist, dass deren Problemdiagnosen und Lösungsrezepte sich von liberalen und elitendemokratischen Prämissen ableiten und daher von denen der Postdemokratie-Theoretiker ohnehin grundverschieden sind. Aufschlussreicher ist hingegen der auf der Hand liegende Vergleich mit Offes und Habermas‘ Thesen zu den „Struktur-“ beziehungsweise „Legitimationsproblemen“ des Spätkapitalismus: Zwar hätten diese schon damals „eine implizite Unterscheidung zwischen

„wahrhaft demokratischen“ und „formaldemokratischen“ Formen der Bürgerbeteiligung“ getroffen und die „Entpolitisierung“ der Bürger als eine von den politischen Eliten forcierte Strategie der Systemstabilisierung beschrieben (126). Doch während Offe/Habermas noch von der marxistischen Grundannahme einer aus dem unauf lösbaren Verteilungskonflikt zwischen Kapital und lohnabhängiger Arbeit resultierenden fortwährenden „Politisierung der Ökonomie“ ausgegangen seien, sehen die Theoretiker der Postdemokratie gerade in der Anpassung der Politik, aber auch des Individuums an ökonomische Steuerungsimperative die derzeit größte Bedrohung für die Autonomie der politischen Öffentlichkeit (126ff., 160ff.). *Ritzi* hält diese „Auseinandersetzung mit hegemonialer Deutungsmacht“ (272) zu Recht für eine entscheidende Neuerung, sieht jedoch in der Weigerung der Postdemokratie-Theoretiker, für die empirische Plausibilisierung ihrer Kernthese von der neoliberalen Hegemonie quantitative Daten heranzuziehen, einen Schwachpunkt, den sie im dritten Teil ihrer Arbeit zu beheben versucht, indem sie einen Teilaspekt des Postdemokratie-Diskurses, nämlich die nur bruchstückhaft vorliegenden Überlegungen zur Transformation der Öffentlichkeit seit den 80er Jahren, systematisiert und für die empirische Demokratieforschung fruchtbar macht. *Ritzi* verortet die Öffentlichkeitsmodelle aller drei Postdemokratie-Theoretiker in der republikanischen Tradition, da sie die politische Sphäre als einen „Ort der positiven Freiheit“ konzipierten, (208) ordnet aber Rancière einer radikaldemokratisch-„politisierenden“ und Crouch und Wolin einer „diskursiven“, eher an deliberativen Ansätzen

orientierten Vorstellung von Öffentlichkeit zu. Anschließend werden elf Hypothesen zur Überprüfung der Diagnose vom postdemokratischen Strukturwandel der Öffentlichkeit formuliert, die auf der Basis eines detailliert beschriebenen Forschungsdesigns für die empirische Analyse anhand von Ergebnissen aus der vorliegenden Sekundärliteratur überprüft werden. Insgesamt beschreibt *Ritzi* den empirischen Forschungsstand zwar als „mangelhaft und manches Mal als widersprüchlich mit Blick auf die postdemokratischen Thesen“ (262) – erhebliche Forschungsdesiderata sieht sie bei der Messung des Einflusses organisierter Akteure auf politische Diskurse. Drei der elf Hypothesen ließen sich aber mithilfe bereits vorliegender Studien verifizieren: Ökonomische Themen hätten in der öffentlichen Berichterstattung ebenso zugenommen wie der direkte Einfluss von Wirtschaftsvertretern auf die Medien. Aber auch die insbesondere von Crouch unterstellte „Boulevardisierung politischer Öffentlichkeit“ sei bereits hinreichend erwiesen. (265)

Ritzis Ansatz ist also außerordentlich anspruchsvoll: Sie gibt sich nicht mit einer vergleichenden Rekonstruktion der Politik- und Öffentlichkeitskonzepte Crouchs, Wolins und Rancières und deren Spiegelung an vergangenen Krisendiskursen zufrieden, die an sich schon genügend Stoff für eine Dissertation geboten hätte, sondern bemüht sich zusätzlich um die Entwicklung eines analytischen Rahmens für zukünftige empirische Forschungsprojekte. In dieser Ambitioniertheit liegt die Stärke der Arbeit, aus der aber zugleich ihre größte Schwäche resultiert: Ihre thematische Breite hat offenkundig dazu geführt, dass ihrer Verfasserin einige

wenige Detailfehler unterlaufen, die zwar im Hinblick auf die richtigen Schlussfolgerungen, die ihre Untersuchung zutage fördert, irrelevant sein mögen, aber den positiven Gesamteindruck doch etwas trüben. Ein Beispiel: Indem *Ritzi* aus einem Aufsatz, den Wolin 1990 publiziert hat, versehentlich unvollständig zitiert, folgert sie, dass das Politische in Wolins Spätwerk „eng verbunden mit dem Staat“ sei (70) – das Gegenteil ist jedoch der Fall: An der Stelle, auf die sich *Ritzi* bezieht, weist Wolin diese Vorstellung gerade zurück. Zwar gibt es in seiner frühen und mittleren Schaffenszeit tatsächlich eine starke Tendenz, das Politische mit dem Staat zu identifizieren und gegenüber „sozialen“ und „moralischen“ Belangen abzugrenzen. Erst später gelangt Wolin stattdessen zu der Auffassung, dass, wie es in seinem vielzitierten Aufsatz „Fugitive Democracy“ heißt, Demokratie, als Manifestation des Politischen, nur noch außerhalb konstitutioneller Rahmungen, als „rebellious moment“ erfahrbar sei. Deshalb ist auch *Ritzis* Einordnung Wolins in ein deliberatives und seine Abgrenzung von einem radikaldemokratischen Öffentlichkeitsverständnis zumindest diskussionswürdig. Dass also die Interpretation von Wolins Demokratietheorie zu den schwächeren Teilen der Dissertation gehört, wäre nicht weiter schlimm, würde *Ritzi* nicht in dem Versuch einer ersten umfassenden Auseinandersetzung mit Wolins Konzept eine der wichtigsten Leistungen ihrer Arbeit sehen (61, 271) – und das durchaus mit Recht, denn Wolin ist in Europa leider noch immer relativ unbekannt.

Solche Kritikpunkte im Detail sollen aber die oben genannten Leistungen der Arbeit keineswegs schmälern:

Claudia Ritzi hat die erste systematische Evaluation des Postdemokratie-Diskurses vorgelegt, die angesichts von dessen prominenten Stellung in zeitgenössischen Debatten zur Zukunft der Demokratie längst überfällig war. Ihrem überzeugenden Plädoyer, die Politikwissenschaft möge an diesen Diskurs anknüpfen, um ihn „konzeptionell zu stärken und zu präzisieren“ (275), ist ausdrücklich beizupflichten.

Danny Michelsen

Grosser, Florian. *Theorien der Revolution zur Einführung*. Hamburg. Junius 2013. 212 Seiten. 14,90 €.

Florian Grossers Einführung in Revolutionstheorien intendiert, theoretische Konzepte von Revolution, die nach Möglichkeiten, Bedingungen und Formen politischen Umbruchs fragen, zu systematisieren. Er skizziert hierzu folgenden Fragenkomplex, der den Bezugs- und Interpretationsrahmen der Monographie darstellt, um die Bandbreite an verschiedensten Revolutionstheorien von (unter anderem) Paine, Robespierre, Condorcet über Hegel, Marx, Bakunin, Marcuse, Fanon, Foucault bis hin zu Balibar und Graeber kohärent darzulegen und miteinander in Beziehung zu stellen: Wie lässt sich Freiheit innerhalb des revolutionären Prozesses denken? Welcher Anspruch auf Neuheit wird in Bezug auf die neue Ordnung erhoben? Wie positionieren sich die Theoretiker gegenüber revolutionärer Gewalt? Wer ist das revolutionäre Subjekt? Was wird als Ziel des Umbruchs deklariert – ein Wandel der Bedingungen oder der Gesinnungen? Ist Revolution ein punktuelles Ereignis oder muss es als permanenter, abgeschlossener Prozess verstanden werden?

Einleitend weist *Grosser* darauf hin, dass die theoretische und begriffliche Auseinandersetzung mit Revolution sowohl von einem Moment des Überschusses als auch des Entzugs gekennzeichnet ist. Während der Überschuss durch „vielfältige Akteure [...] mit unterschiedlichen Triebkräften [...] und divergierenden Zeit- und Geschichtskonzeptionen [...]“ (21) entsteht, zeigt sich der Entzug insbesondere dadurch, dass dem revolutionären Prozess eine unumgängliche Unabgeschlossenheit immanent ist. Aus diesem Schwanken zwischen Überschuss und Entzug leitet er ein grundsätzliches Spannungsverhältnis beziehungsweise eine Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis der Revolution ab, welche es unmöglich mache, das „Phänomen Revolution“ gänzlich zu erfassen (22). Diese Diskrepanz scheint ihn dazu zu verleiten, sich lediglich auf die Theorie, das heißt auf „Konzepte von Revolution sowie Kommentare zu Revolution“ (31), zu konzentrieren. Leider bleibt *Grossers* eigene normative Haltung und sein theoretischer Ausgangspunkt, von welchem er Revolutionstheorien aus analysiert, über die ersten, methodischen Anhaltspunkte hinaus undurchsichtig. Er lässt seine Positionierung errahnen, indem er häufig Hannah Arendt in Stellungnahmen zitiert, welche die besprochenen Theorien kontrastieren oder über sie hinausgehen. Jedoch macht er diese Positionierung nicht explizit, sodass es an manchen Stellen unklar bleibt, wie er zu gewissen methodischen Entscheidungen oder Bewertungen von Theorien kommt. Am einschlägigsten manifestiert sich das an der Auswahl *Grossers* oben genannter Fragen zur Kategorisierung von Revolutionstheorien, die zwar von einer grundlegenden Auseinandersetzung mit